

**Argumente, Zahlen und Fakten
zu den umstrittenen
Freihandelsabkommen**

CETA / TTIP

Vorwort	Seite 3
Einleitung.....	Seite 4
SPÖ-Positionen.....	Seite 6
PRO CETA/TTIP.....	Seite 8
CONTRA CETA/TTIP	Seite 10
Wie geht's weiter?	Seite 12
Glossar	Seite 13

Medieninhaber und Verleger: SPÖ Bundesgeschäftsstelle • Löwelstraße 18 • 1010 Wien
 Druck: Druckerei Hans Jentzsch & Co GmbH, Wien



Liebe Genossin, lieber Genosse!

CETA und TTIP: Die Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada bzw. den USA sind in aller Munde und werden heiß diskutiert. Dabei verlassen die Auseinandersetzungen oft die sachliche Ebene. Chlorhühner, Genpflanzen, Sozialdumping und Umweltzerstörung? Oder steigende Exporte, Wirtschaftswachstum, tausende neue Arbeitsplätze? Gegner wie Befürworter setzen auf Emotionen. Eine ausgewogene Berichterstattung und umfassende Informationen kommen da oft zu kurz.

Wir möchten dagegenhalten. Was sind die Chancen und Risiken im Zusammenhang mit den Freihandelsabkommen? Was sind eigentlich die Positionen der SPÖ dazu? Diese Broschüre gibt Antworten und liefert einen Überblick über die häufigsten Pro- und Contra-Argumente. Auf unserer neuen Webseite <http://mitreden.spoe.at> finden sich darüber hinaus weitere Vor- und Nachteile, Fallbeispiele, der weitere Fahrplan, Artikel und Kommentare u.v.m. Damit man wirklich mitreden kann, wenn es mal wieder heiß hergeht in Sachen CETA und TTIP.

Mit freundschaftlichen Grüßen

Georg Niedermühlbichler
 SPÖ-Bundesgeschäftsführer



Fotolia - EvrenKalinbacak

Der transatlantische Handel soll durch CETA und TTIP Auftrieb bekommen. Es gibt aber viele Bedenken.

Warum stehen CETA/TTIP in der Kritik?

Die Mehrheit der ParlamentarierInnen, die sich dazu geäußert hat, ÖGB, AK und auch die Landeshauptleutekonferenz haben sich klar dagegen ausgesprochen: CETA und TTIP haben kaum FürsprecherInnen in Österreich. Worauf begründet sich die Ablehnung?

Das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) ist als eine Art Probegalopp für das Abkommen TTIP mit den USA zu sehen. Die möglichen Vorteile und die massiven Bedenken sind sehr ähnlich. Etwaigen Wachstumsimpulsen stehen der Abbau von sozialen und ökologischen Standards sowie der Lebensmittelsicherheit, der stärkere Druck auf den Arbeitsmarkt und Lohndumping gegenüber.

Regulierungen gelten als Handelshemmnisse

Als Prämisse muss klar sein, dass bei Freihandelsabkommen Regulierungen jeder Art grundsätzlich als Handelshemmnisse

betrachtet werden. Ziel ist es, in transatlantischen Gremien bestehende und zukünftige Regulierungsunterschiede zwischen Kanada bzw. den USA und der EU abzubauen. Hier gibt es aber große Unterschiede, etwa beim Arbeitsrecht, beim Datenschutz, den lebensmittelrechtlichen Bestimmungen, beim Einsatz von Pestiziden, bei der Kennzeichnung und dem Anbau von gentechnisch veränderten Lebensmitteln etc.

Studie stellt vernichtende Prognose aus

Die Arbeiterkammer Wien hat eine Studie bei der Österreichischen Forschungsstiftung für internationale Entwicklung in Auftrag gegeben, um auf wissenschaftlicher Basis die prognostizierten Effekte einer Überprüfung zu unterziehen. Dazu gehörte auch, die Ergebnisse aller bestehenden Untersuchungen und Studien auf Plausibilität zu prüfen. Das Ergebnis ist, dass für Österreich keine bis extrem geringe positive wirtschaftliche Effekte aus CETA zu erwarten sind. Innerhalb von zehn bis zwanzig Jahren soll es im besten Fall ein Plus von 450 Arbeitsplätzen geben.

Die Sache mit dem Investitionsschutz

Das sogenannte Investitionsschutzverfahren (ISDS, Investor-state dispute settlement, oder ICS, Investment Court System) bedeutet, dass Investoren bei neuen gesetzlichen Regelungen Schadenersatz einklagen können – z.B. bei Maßnahmen zum Schutz von ArbeitnehmerInnen, Umweltschutz oder bei Steuergesetzen. Das neue System ICS, das in CETA zum Einsatz kommen soll, enthält zwar einige Verbesserungen (mehr Transparenz; einen Berufungsmechanismus; bessere Qualifikation der SchiedsrichterInnen). Aber: Ausschließlich ausländische Konzerne können dieses Instrument nutzen. Notwendig ist das nicht. Das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Australien beispielsweise enthält keine solche Sonderklagsrechte für Konzerne.

SPÖ-Position zu Freihandelsabkommen

Aus dem Beschluss des Bundesparteitags 2014 und dem Entschließungsantrag des Nationalrats vom September 2014, der von ÖVP, Grünen und NEOS unterstützt wurde, leitet sich die Position der SPÖ zu den Freihandelsabkommen ab. Darüber hinaus hat sich auch die Landeshauptleutekonferenz im Mai 2016 auf die gleichen Forderungen geeinigt.



Zimmer

Die SPÖ hat beim Bundesparteitag 2014 eine kritische Position zu CETA und TTIP eingenommen.

In diesen Entschlüssen sind folgende **zentrale Forderungen** (hier in gekürzter Form) enthalten:

- >> Investitionsschutzbestimmungen zur Investor-Streit-Beilegung (ISDS) dürfen nicht verankert werden.
- >> Nein zu verbindlichen Kompetenzen für einen Regulatorischen Kooperationsrat (jetzt: „Forum für die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen“).
- >> Stärkung der Rolle nationaler Parlamente in der Handelspolitik: Umfassende Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP sollen als gemischte Abkommen (siehe Glossar) klassifiziert werden.
- >> Mehr Transparenz bei Verhandlungen
- >> Kein Absenken hoher sozialer, datenschutzrechtlicher, ökologischer Mindeststandards

Aktueller Stand zu den SPÖ-Forderungen:

- >> In der Letztversion des CETA-Vertragstextes wurde eine leicht verbesserte Form der Schiedsgerichtsbarkeit verankert. Es soll ein Investitionsgericht eingerichtet werden (Investment Court System, ICS), bei dem bei Handelsstreitigkeiten zwischen Investor und Staat per Zufallsprinzip aus einem Pool an zum Richteramt befähigten Personen gewählt wird. Auch eine Berufungsinstanz ist vorgesehen. Das Grundprinzip bleibt aber gleich: Es handelt sich um Sondergerichte, die nur ausländischen Investoren offenstehen.
- >> Durch großen politischen Druck, unter anderem aus Österreich, wurde CETA von der EU-Kommission als gemischtes Abkommen klassifiziert. Das letzte Wort – hinsichtlich der Vertragsbestandteile, die in die Kompetenz der EU-Staaten fallen – haben also die nationalen Parlamente. Ob das auch für TTIP so gehandhabt wird, ist offen. Zudem kann eine ausstehende Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs dazu führen, dass die Mitbestimmung der nationalen Parlamente obsolet wird.
- >> In der sogenannten Regulierungszusammenarbeit sollen Unterschiede bei Normen und Vorschriften abgebaut werden. Die Gefahr besteht, dass Lobbyisten ihren Einfluss auf geplante Gesetzesvorhaben geltend machen, noch bevor sich die Parlamente damit befassen. Das wäre von enormer Tragweite, denn im Grunde beeinträchtigt jedes Gesetz Konzerninteressen – ob beim Umwelt- oder ArbeitnehmerInnenschutz.
- >> Die Verhandlungen zu Freihandelsabkommen sind nach wie vor intransparent. Zivilgesellschaft oder NGOs sind nicht eingebunden.

TTIP & Co: Die wichtigsten PRO-Argumente:

Befürworter erwarten durch die geplanten Freihandelsabkommen Wachstum und mehr Wohlstand durch Wegfall von Zöllen und steigende Exporte.



Foto: ia - industrieblick

Gerade exportstarke Branchen wie der Maschinenbau würden von den Freihandelsabkommen profitieren, sind sich viele Experten einig.

- **Zölle für Industriegüter werden abgeschafft**

Europäische Exporteure ersparen sich Einfuhrabgaben in Millionenhöhe. Beispiel CETA: Annähernd 98 Prozent der Waren würden ab dem ersten Tag des Inkrafttretens von CETA zollfrei sein. Prognostiziert wird für europäische Exporteure eine Ersparnis von rund 470 Millionen Euro pro Jahr.

- **Exportländer wie Österreich profitieren**

Unternehmen und Beschäftigte in der Exportwirtschaft würden durch CETA und TTIP direkte Vorteile haben.

- **Industriebereich ist großer Gewinner**

Automobilindustrie, Chemie, Maschinenbau, Telekommunikation – solche Branchen würden von TTIP&Co profitieren.

- **Verstärkte Wirtschaftsimpulse**

Besserer Markt-Zugang und erhöhte Rechtssicherheit sollen deutliche Impulse für das Wirtschaftswachstum bringen.

- **Mehr Beschäftigung und Wohlstand**

Die EU-Kommission gibt an, dass TTIP in der EU innerhalb von zehn Jahren zu einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent führen würde und dass jede vierköpfige Familie pro Jahr 445 Euro zusätzlich zur Verfügung hätte.

- **Höhere Standards setzen sich durch**

Der Druck von Umwelt- und Verbraucherschutz-Organisationen kann dazu führen, dass Standards steigen. Kurzgefasst geht es darum, unterschiedliche Standards gegenseitig anzuerkennen, wenn sie ein vergleichbares Sicherheitsniveau bieten. Das ist zum Beispiel bei Fahrzeugteilen wie Türschlössern, Bremsen oder Sicherheitsgurten möglich.

- **Höhere Strafen für Firmen bei Nachweis von Gesundheitsgefährdung**

In den USA kann ein Stoff so lange verwendet werden, bis eine von ihm ausgehende Gefahr nachgewiesen ist (Nachsorgeprinzip). Dafür drohen Unternehmen viel höhere Strafen, wenn ihnen ein sorgloser Umgang mit der Gesundheit der VerbraucherInnen nachgewiesen werden kann.

- **Teure Doppelregulierungen entfallen**

Wissenschaftler des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo) und des Centre for Economic Policy Research (CEPR) gehen davon aus, dass die Abschaffung von Zöllen und unterschiedlichen Standards zu geringeren Preisen führt, etwa bei Autos (Doppelregulierungen entfallen).

- **Es geht um die neuen Regeln der Globalisierung**

In Anbetracht des Wachstums der asiatischen Märkte garantiert nur ein gemeinsamer US-EU-Markt, die sozialen Standards im Welthandel mitzubestimmen.



Fotolia - bildergala

Das Genmais-Verbot in Österreich könnte durch TTIP umgegangen werden.

TTIP & Co: Die wichtigsten CONTRA-Argumente

Genmais. Geheime Verhandlungen. Sinkende Standards. Die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA bereiten vielen Menschen Sorge. Hier die größten Kritikpunkte:

• Schwächung von Sozial- und Arbeitsstandards

TTIP und CETA sehen eine Angleichung der Vorschriften vor. Da US-Standards oft wesentlich niedriger sind, könnten die hohen europäischen Standards z.B. beim Arbeitnehmer-Innenschutz gesenkt werden, warnen Freihandelsgegner. Durch Schiedsgerichte könnten ausländische Investoren versuchen, Verbesserungen bei Mindestlöhnen zu verhindern.

• Bedrohung der Lebensmittelsicherheit

Auf unseren Tellern könnten schon bald Genmais, Chlorhuhn und Hormonfleisch landen. Diese Gefährdung unserer Lebensmittelsicherheit wäre, so TTIP-Kritiker, die dramatische Folge der Abkehr vom in der EU geltenden Vorsorgeprinzip zugunsten des in den USA praktizierten Nachsorgeprinzips. Während in Europa Produkte und Lebensmittel nur dann erlaubt werden, wenn sie unschädlich sind, muss in den USA zweifelsfrei bewiesen werden, dass von einem Produkt Gefahr ausgeht, damit es überhaupt vom Markt genommen werden kann.

• Geheimverhandlungen und zu wenig Transparenz

Obwohl von TTIP rund 800 Millionen Menschen unmittelbar betroffen wären, finden die Verhandlungen im Geheimen statt. Zwar sitzen Lobbyisten und Wirtschaftsvertreter mit am Tisch, die BürgerInnen bleiben aber außen vor. Auch die EU-Abgeordneten bekommen nur eingeschränkten Zugang: Sie dürfen nur in Leseräumen Einblick in die Texte nehmen – reden dürfen sie darüber nicht. Das hat für die zahlreichen Kritiker nichts mit Demokratie, Partizipation und Transparenz zu tun.

• Unfaire Schiedsgerichte

Schiedsgerichte sollen Handelsstreitigkeiten zwischen Unternehmen und Staaten klären. Kritiker befürchten eine Paralleljustiz durch diese Sondergerichte, bei der bestehende Gesetze ausgehebelt und der Rechtsstaat ausgehöhlt wird.

• Klagsmöglichkeiten für Investoren gegen Staaten

Auch die geplanten Schiedsgerichtsverfahren sind heftig umstritten: Sie würden ausländische Investoren berechtigen, europäische Staaten zu verklagen, wenn neue Gesetze Geschäftspläne durchkreuzen oder Investitionen gefährden. Warnendes Beispiel ist die milliardenschwere Schadenersatzklage des Energiekonzerns Vattenfall gegen den Atomausstieg Deutschlands.

• Überbordender Konzerneinfluss durch „Regulierungszusammenarbeit“

Die sogenannte „Regulierungszusammenarbeit“ würde es Konzernvertretern und Lobbyorganisationen erlauben, Gesetzesentwürfe zu beeinflussen, noch bevor diese in den Parlamenten diskutiert werden. Unter dem Deckmantel des „Abbaus von Handelshemmnissen“ könnten so wichtige Schutzstandards unter Umgehung der Parlamente gesenkt werden, befürchten Freihandelsgegner.



Parlamentsdirektion / HlKade

Das Parlament fordert im Zusammenhang mit CETA und TTIP Transparenz und das Primat der Politik ein.

Die Letztentscheidung liegt beim Parlament – oder?

Dass das Parlament überhaupt mitentscheidet, war lange ungewiss. Die EU-Kommission hat nachgegeben und CETA als „gemischtes Abkommen“ klassifiziert. Möglich ist aber, dass das Handelsabkommen „vorläufig“ angewandt wird.

Die EU-Kommission hatte ursprünglich gemeint, dass CETA durch eine einfache Mehrheit im Handelsminister-Rat und im EU-Parlament in Kraft gesetzt werden können. Ganz anders sahen das die ParlamentarierInnen in Österreich und in vielen anderen EU-Staaten – und sie haben sich durchgesetzt.

So umfassende Freihandelsabkommen müssen als „gemischte Abkommen“ klassifiziert werden, so die Forderung, die inzwischen auch von der EU-Kommission akzeptiert wird. Das gewährleistet, dass zum Schluss die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten entscheiden, ob sie den Abkommen zustimmen. Es sei denn, der Europäische Gerichtshof entscheidet anders.

Ein Problem bleibt aber: Die Kommission will CETA vorläufig anwenden, bis das Abkommen in allen Mitgliedstaaten abgestimmt wurde.

ACTA: Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) (Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen, Anti-Piraterieabkommen) war ein geplantes multilaterales Handelsabkommen auf völkerrechtlicher Ebene. Die teilnehmenden Nationen bzw. Staatenbünde wollten mit ACTA internationale Standards im Kampf gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen etablieren. Nach umfangreichen internationalen Protesten hatte das Europäische Parlament ACTA am 4. Juli 2012 mit großer Mehrheit abgelehnt.

Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA):

Das Comprehensive Economic and Trade Agreement (auch als „Canada – EU Trade Agreement“ gelesen), ist ein geplantes EU-kanadisches Freihandelsabkommen. Der Vertrag enthält umfassende Handels- und Zollerleichterungen. Es gilt auch als Testlauf für das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP/TAFTA) zwischen den USA und der EU, und ist in Abschnitten umstritten, insbesondere beim Investitionsschutz, der es Unternehmen ermöglichen soll, bei veränderter Rechtslage von Staaten Schadenersatz zu fordern (Investment Court System).

Daseinsvorsorge: Unter Daseinsvorsorge wird das Zurverfügungstellen von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, die mit einer besonderen Gemeinwohlverantwortung verbunden sind, verstanden. Dazu gehören beispielsweise Energie, Wasser, Abwasser, Müllentsorgung, Bildung, Kultur, medizinische Leistungen oder der öffentliche Verkehr. Daseinsvorsorgeleistungen sind in Österreich mit einem hohen Maß an kommunaler Autonomie verbunden. Es ist wichtig, dass diese Leistungen den Nationalstaaten überlassen bleiben. Österreich hat im Freihandelsabkommen der EU mit Kanada, CETA, ausverhandelt, dass unter anderem Spitäler von möglichen Liberalisierungen ausgenommen werden.

Freihandelsabkommen: Ein Freihandelsabkommen ist ein Abkommen, das bilateral – also zwischen zwei Parteien – oder multilateral – also zwischen mehreren Ländern – mit dem Ziel geschlossen wird, den internationalen Handel zu erleichtern. Solche Abkommen können unterschiedlich weitreichend sein.

Freihandelszone: Eine Freihandelszone ist ein Gebiet, in dem die beteiligten Länder untereinander keine Zölle erheben oder den Handel mengenmäßig beschränken. Zu diesem Zweck werden tarifäre und nicht tarifäre Handelshemmnisse abgebaut.

Gemischtes Abkommen: Internationales Abkommen, das von der EU und ihren Mitgliedstaaten gemeinsam geschlossen wird. Handelt es sich bei CETA um ein solches Abkommen, müssen ihm auch die Parlamente der einzelnen Länder zustimmen.

Handelshemmnisse: Unterschieden werden „tarifäre“ und „nicht-tarifäre“ Handelshemmnisse: „Tarifär“ sind Zölle oder andere Einfuhrkosten. Als „nicht-tarifär“ werden beispielsweise technische Vorschriften, industrielle Sicherheitsstandards, Vorschriften über die Sicherheit von Lebens- oder Arzneimitteln, Umweltstandards oder Zulassungsbedingungen gesehen. Der Begriff „Handelshemmnis“ wird dabei teilweise kritisch gesehen, denn das, was in der Freihandelstheorie negativ als „Hemmnis“ beschrieben wird, kann eine sinnvolle Maßnahme zum Beispiel zum Umwelt- oder Verbraucherschutz sein.

Internationale Schiedsgerichte: Schiedsgerichte sind Privatgerichte, die aus einem oder mehreren SchiedsrichterInnen bestehen und denen etwa in Form einer Vertragsklausel (Schiedsklausel) die Entscheidung anstelle der

staatlichen Gerichte übertragen wird. Jeder vermögensrechtliche Anspruch kann Gegenstand einer Schiedsvereinbarung sein, nicht vermögensrechtliche Ansprüche nur insoweit, als die Parteien über den Gegenstand des Streites einen Vergleich schließen können, d. h., verfügungsbe-rechtigt sind. Schiedsvereinbarungen über den Bestand von Wohnraummietverhältnissen sind, mit speziellen Ausnahmen, unwirksam.

Nachsorgeprinzip: Erst wenn ein Produkt Schaden angerichtet hat, wird es vom Markt genommen und der Hersteller kann verklagt werden. Dieses Prinzip ist gebräuchlich in den USA.

Regulatory Cooperation Council (RCC): Dieses „Forum für die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen“ soll nach Abschluss des CETA-Abkommens neue Gesetze dahingehend überprüfen, ob sie mit CETA kompatibel sind.

TiSA: Trade in Service Agreement, plurilaterales Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen. Eine in Verhandlung befindliche Sammlung von Vereinbarungen in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen 23 Parteien einschließlich der USA und der Europäischen Union. Das TiSA-Abkommen soll weltweit Dienstleistungen liberalisieren.

Vorsorgeprinzip: Das Vorsorgeprinzip ist eine in Österreich und der EU geläufige Methode, um gesundheitlichen Gefahren vorzubeugen. Man wendet es an, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse über die Sicherheit eines Produkts fehlen. In diesen Fällen können bis zur wissenschaftlichen Feststellung der Unbedenklichkeit des Produkts (z.B. Kosmetika) bestimmte Maßnahmen zur Risikovorsorge und zur Sicherung des Gesundheitsniveaus festgelegt werden.



CETA / TTIP

**Unsere
Meinung
zählt!**

>> mitreden.spoe.at <<